- Angabe der für das gesetz- oder pflichtwidrige Verhalten verantwortlichen Beteiligten, soweit das möglich ist,
- die Gründe, die zur Gerichtskritik führten, insbesondere Angabe des verletzten Gesetzes oder Erörterungen darüber, weshalb die festgestellten Tatsachen geeignet sind, Gesetzesverletzungen zu begünstigen,
- Vorschläge, wie die festgestellten Gesetzesverletzungen oder die sie begünstigenden Bedingungen und Umstände ausgewertet werden können, ggf. auch Empfehlungen, wie diese zu überwinden sind⁶,
- Hinweis, daß innerhalb von zwei Wochen zur Gerichtskritik Stellung zu nehmen ist.

Die Gerichtskritik soll unmittelbar nach Aufdeckung der Rechtsverletzung oder der sie begünstigenden Bedingungen und Umstände ergehen. Es ist daher gerechtfertigt, sie auch bei noch laufenden Verfahren zu erlassen, um eine alsbaldige Überwindung der festgestellten Mängel zu gewährleisten.

Der Kritikbeschluß ist mit einem Rechtsmittel nicht anfechtbar⁶. Ein unrichtiger Kritikbeschluß ist von dem Gericht, das den Beschluß erlassen hat, in eigener Entscheidung abzuändern oder aufzuheben. Das übergeordnete Gericht kann dahingehende Empfehlungen geben.

Abgrenzung der Gerichtskritik von anderen Formen gerichtlicher Einwirkung und von der Entscheidung selbst

Liegen die oben erörterten gesetzlichen und sachlichen Voraussetzungen vor, so muß Gerichtskritik geübt werden. Es ist unzulässig, in diesen Fällen auf andere Formen gerichtlicher Einwirkung auszuweichen, sich insbesondere mit mündlichen oder schriftlichen Hinweisen oder Empfehlungen zu begnügen. Solche Methoden sind nur dann angebracht, wenn im Einzelfall die Gerichtskritik nicht in Betracht kommt, weil bestimmte Voraussetzungen nicht erfüllt sind. Das gilt insbesondere, wenn

- nur der Verdacht einer Gesetzesverletzung besteht,
- der Gesetzesverletzer nicht zum Kreis der Institutionen gehört, gegen den sich nach dem Gesetz eine Kritik richten kann,
- die Gesetzesverletzung nicht im Erkenntnisverfahren bekannt wird,
- die Gesetzesverletzung geringfügig und ohne konfliktsbegünstigende Wirkung ist,
- lediglich eine Information über bereits beseitigte Gesetzesverletzungen an bestimmte Organe gegeben wird.

Soweit sich die Gerichtskritik an die unmittelbaren Prozeßbeteiligten richtet, ist sie neben der Auseinandersetzung mit dem Verhalten der Prozeßbeteiligten in der mündlichen Verhandlung und im Urteil anzuhängen, wenn die Gesetzesverletzung nicht durch die im Prozeß getroffenen Anordnungen beseitigt wird, insbesondere wenn trotz der Entscheidung neue (gleiche oder ähnliche) Konflikte aus gesetzwidrigen Zuständen erwachsen können. Dagegen dient die Gerichtskritik nicht dazu, die Ausführungen in der gerichtlichen Entscheidung zu unterstreichen oder bestimmte Umstände nochmals besonders hervorzuheben, z. B. bei Abwei-

⁵ Die vorgeschlagenen Maßnahmen dürfen allerdings nicht zu unzulässigen Eingriffen in den Entscheidungsbereich des verantwortlichen Leiters des kritisierten Organs führen (vgl. Schlegel / Pompoes, a. a. O., S. 293). So ist es z. B. nicht zu vertreten, daß das Gericht den Leiter verbindlich anweist, gegen den für die Gesetzesverletzung verantwortlichen Mitarbeiter eine bestimmte IMsziplinarmaßnahme auszusprechen.

⁶ Vgl. OG, Urteil des Präsidiums vom 11. Januar 1964 — I PrZ — 15 - 9/63 - (NJ 1964 S. 121; OGA Bd. 4 S. 23).

sung einer unbegründeten Klage eines staatlichen Organs, wie dies verschiedentlich auf dem Gebiet des Familienrechts bei erfolglosen Klagen des Referats Jugendhilfe auf Entzug des Erziehungsrechts geschehen ist.

Kontrolle durch das Gericht und zusätzliche Auswertung der Gerichtskritik

Das Gericht hat von Amts wegen zu kontrollieren, daß das kritisierte Organ fristgemäß zur Gerichtskritik sachlich Stellung nimmt und darlegt, welche Maßnahmen zur Überwindung der Gesetzesverletzung oder der sie begünstigenden Bedingungen und Umstände getroffen wurden. Diese Kontrolle ist dadurch zu sichern, daß das Gericht entsprechende Register führt oder Vermerke in den Akten anbringt.

Verletzt das kritisierte Organ die Pflicht zur Stellungnahme oder ist die Erklärung unzureichend, z. B. ausweichend, so ist es zur Antwort aufzufordern oder dazu, seine Darlegungen zu konkretisieren. Wird dieser Aufforderung erneut nicht oder nur ungenügend Folge geleistet, dann ist das übergeordnete Organ, erforderlichenfalls auch der Staatsanwalt, zu ersuchen, mit seinen Mitteln auf die Erfüllung der Pflicht zur Stellungnahme hinzuwirken. Eine allgemeine Kontrollpflicht hat das Gericht nicht; es braucht also nicht die Durchführung der in der Stellungnahme angekündigten Maßnahmen im einzelnen zu überprüfen.

Hat das Gericht jedoch begründete Bedenken, daß die vom kritisierten Organ angekündigten Maßnahmen nicht verwirklicht werden, so wird es sich in der Regel unter Hinweis auf die Gerichtskritik und die Stellungnahme dazu an die für die Leitung der Tätigkeit des kritisierten Organs zuständige Institution (z. B. an die WB oder den übergeordneten Rat) oder an Einrichtungen mit operativen Kontrollaufgaben (Organe der Volksvertretung, ABl, Staatliche Finanzrevision, Staatsanwalt) wenden. Das schließt jedoch nicht aus, daß sich das Gericht in geeigneten Fällen über die Verwirklichung der vorgesehenen Maßnahmen selbst einen Überblick verschaffen kann, z. B. durch Schöffen im Betrieb.

Eine zusätzliche Auswertung der Gerichtskritik - vor Volksvertretungen und ihren Organen, in öffentlichen Aussprachen vor Betriebskollektiven, in Mitgliederversammlungen der LPGs und vor ähnlichen Gremien ist in folgenden Fällen geboten;

- im Zusammenhang mit der Urteilsauswertung, insbesondere nach Verhandlung vor erweiterter Öffentlichkeit,
- wenn die Gerichtskritik einem größeren Kreis verständlich gemacht werden soll, insbesondere wenn es um Probleme der Durchsetzung aktiver demokratischer Mitwirkung geht,
- wenn die kritisierte Gesetzesverletzung bekanntlich oder vermutlich gehäuft auch in anderen als den kritisierten Bereichen aufgetreten ist oder auftreten kann,
- wenn die Gesetzesverletzung typische Probleme in bestimmten Schwerpunkten der gesellschaftlichen Entwicklung betrifft und die vorbeugende Bekämpfung dort möglicherweise auf tretender Konflikte organisiert werden muß.

Außer in Versammlungen, Foren, Schulungen usw. kann die zusätzliche Auswertung auch dadurch erfolgen, daß solche Leitungsorgane informiert werden, an die sich die Gerichtskritik nicht selbst richtet, für die aber die im Verfahren festgestellten und die Gerichtskritik begründenden Umstände gleichfalls von Bedeutung sein können.